



Wie immer bei Familienfotos: gute Stimmung in der EU-Spitze, hier beim informellen Gipfel am 19. Oktober in Gent. (Foto: EU)

USA/EU

Transatlantisches Anti-Terror-Paket

Im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus wollen die USA eine neue Ära der US-europäischen Zusammenarbeit einläuten. Ihr Wunschzettel platzt mitten in den Anti-Terror-Aktivismus der EU und kränkt die Brüsseler Spitze.

Er solle ihm mitteilen, "was zu tun sei", hatte Guy Verhofstadt George W. Bush höflich gebeten. Kurz nach den Anschlägen vom 11. September hatte der belgische Premierminister seinem amerikanischen Kollegen als derzeitiger EU-Ratspräsident, und damit als ranghöchster Vertreter der Europäischen Union, die "uneingeschränkte Solidarität" der EU versichert.

Knapp zwei Monate später war es so weit: Am 16. November schrieb der Repräsentant der US-Regierung in Brüssel, James Foster, einen Brief an Guy Verhofstadt und an den EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi. In dem Schreiben macht Foster der Brüsseler Spitze klar, wie nach Meinung George W. Bushs die "EU-Beteiligung am internationalen Kampf gegen den Terrorismus" aussehen soll.

Der amerikanische Wunschzettel platzte mitten in die letzten Vorbereitungen für den EU-Gipfel am 19. Oktober in Gent. Gerade auf diesem Treffen wollten die Chefs der 15 EU-Staaten demonstrieren, wie schnell und effizient sie mit ihrem Aktionsplan gegen Terrorismus vorankommen.

Doch dieses Anti-Terror-Paket wird in dem US-Schreiben mit keinem Wort erwähnt. Ganz so, als sei man in der EU bislang untätig geblieben, schreibt sich die US-Regierung ihre Wünsche frei von der Seele und listet ihrerseits einen 47 Punkte langen Maßnahmenkatalog auf. Dabei geht es in erster Linie um eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz. Amerikanische Richter

sollen künftig direkt und sogar mündlich Anfragen an ihre europäische Kollegen richten dürfen, um sich die nötigen Unterlagen und Zeugenaussagen in einem Fall besorgen zu können. Europol müsse demnach den USA alle Informationen über terroristische Straftaten liefern, dieser Austausch soll nach Wunsch der USA auch auf "andere Kriminalfälle" ausgedehnt werden. Mutmaßliche Terroristen sollen an die USA ausgeliefert werden. Der Status einer politischen Straftat, nach der die Verteidigung eine Auslieferung verhindern konnte, soll abgeschafft werden. Des Weiteren wollen die USA einen schnellen Zugang zu Informationen von Banken- und anderen Finanzinstitutionen.

Ohne Scheu, sich in fremde Angelegenheiten einzumischen, beschränken sich die US-Forderungen nicht auf die transatlantische Zusammenarbeit. Auf der Liste werden auch reine inner-europäische Maßnahmen aufgeführt. Etwa die Einführung einer europäischen Direktive gegen Geldwäsche oder die Verstärkung des Informationsaustausches zwischen den EU-Mitgliedstaaten. "Danke, darauf sind wir auch ganz alleine drauf gekommen", bemerkte ein pikierter europäischer Diplomat gegenüber der französischen Tageszeitung "Le Figaro".

Neben der verletzten Diplomaten-Ehre stellt die US-Anfrage die EU vor ernsthaftere Probleme. "Die in den USA vollstreckte Todesstrafe verstößt gegen geltendes EU-Recht", kommentiert der EU-Sprecher Jonathan Faull die

Forderung nach Auslieferung von Straftätern. "Denn die EU-Staaten haben die Europäische Menschenrechts-Konvention unterzeichnet."

Todesstrafe steht im Weg

Störend sei weniger der Inhalt, sondern vor allem der Ton und die Methode à l'américaine, versuchten jedoch EU-Diplomaten vergangene Woche die ersten Irritationen herunterzuspielen. "Wir werden nicht Punkt für Punkt auf diese Liste reagieren", so ein Sprecher der Kommission am Donnerstag. Die amerikanische Liste entspreche "in vielem" den Aktionen, die die EU im Rahmen ihres Anti-Terrorpakets vorgesehen habe.

Seit Wochen diskutieren EU-Minister über das geplante Anti-Terror-Programm. Ziel ist es, bis zum EU-Gipfel in Laeken, der die belgische Präsidentschaft der EU beenden wird, das fertige Paket vorzustellen. Eine einheitliche Definition der Straftaten, die als "terroristisch" bezeichnet werden, eine Liste von terroristischen Vereinigungen und ein europäischer Haftbefehl sind nur einige der Punkte des EU-Rahmenprogramms.

Die Gespräche darüber finden wie üblich unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Durchsickern konnte in den letzten Wochen dennoch, dass sich längst nicht alle EU-Staaten leicht tun mit einer gemeinsamen Definition des Begriffs Terrorismus. Eine solche gesetzliche Festlegung gibt es bislang nur in sechs der 15 EU-Staaten, nicht je-

doch in den Benelux- und den skandinavischen Ländern. Vor allem letztere scheinen Probleme mit den bisherigen Vorschlägen zu haben.

Nachdem die Kommission Ende letzten Monats ihre Maßnahmenvorschläge vorgestellt hatte, kam Mitte Oktober eine weitere Steilvorlage des Rats für Justiz und Inneres. Im Kommissions-Entwurf wurden zu einem terroristischen Angriff Aktionen gezählt, die darauf abzielen "die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen eines Landes ernsthaft zu verändern". Der Rat ersetzte "verändern" durch "beeinflussen". Irland und Großbritannien wollen sich gar dafür einsetzen, dass das Wort "ernsthaft" entfällt.

Eine solch weit gefasste Definition würde ganz klar Proteste wie in Göteborg oder Genua mit einschließen, schreibt die NGO "Statewatch" in ihrem Statement zu den Anti-Terror-Projekten der EU. Auch Amnesty International hat inzwischen darauf hingewiesen, dass einige der EU-Vorschläge möglicherweise gegen fundamentale Menschenrechte – etwa die Versammlungsfreiheit oder das Recht auf freie Meinungsäußerung – verstoßen. Artikel 3 des vorgeschlagenen Rahmenprogramms sieht beispielsweise vor, die "gesetzeswidrige Besetzung oder Beschädigung von staatlichen Einrichtungen, öffentlichen Verkehrsmitteln, öffentlichen Plätzen oder Besitzes..." als terroristischen Akt mit vier Jahren Gefängnis zu bestrafen. Darunter könnten, so Amnesty, DemonstrantInnen

fallen, die vorübergehend ein öffentliches Gebäude "besetzen". Ein weiteres Beispiel: Artikel 3.1. schreibt den EU-Mitgliedstaaten vor, künftig "die Werbung für das Unterstützen von oder die Mitgliedschaft in einer terroristischen Gruppe" als terroristische Tat einzustufen und diese mit bis zu sieben Jahren Gefängnis zu bestrafen.

Was ist Terrorismus?

Die Interpretation dieses Artikel könne sehr unterschiedlich ausfallen, kritisiert Amnesty International. Selbst Personen, die lediglich die Ziele einer terroristischen Vereinigung erläutern wollten oder entsprechende Dokumente veröffentlichten, könnten darunter fallen. Trotz der laufenden Diskussionen über derart einschneidende Gesetze hält sich der Protest sowohl auf Minister- als auch auf nichtstaatlicher Ebene europaweit sehr in Grenzen.

Die Minister kämen in ihren Verhandlungen sehr gut voran, versicherte unterdessen Guy Verhofstadt vergangene Woche den Europa-Abgeordneten in Straßburg. "In Sachen europäischer Haftbefehl wage ich sogar, von einem Durchbruch zu sprechen". Allerdings, so heißt es aus Brüsseler Kreisen, sei auch hier die Lesart nicht einheitlich: Während die einen für den europäischen Haftbefehl eine breite Anwendung wollen, wovon lediglich eine Liste definierter Straftaten ausgenommen werden soll, wollen andere die sogenannte "double incrimination" weitgehend beibehalten. Dem Vorschlag Frankreichs, den Haftbefehl auf eine Liste mit bestimmten Straftaten zu beschränken, hat sich auch Luxemburg angeschlossen. Inzwischen scheint es eher unwahrscheinlich, dass solche Unstimmigkeiten bis zum nächsten Treffen der Justiz- und Innenminister Anfang Dezember beseitigt werden.

Der Optimist Verhofstadt verkündete in Straßburg jedoch Hoffnungsvolles - auch an die Adresse der USA: "Die Vorschläge der USA wurden diskutiert und wir haben beschlossen, unseren Aktionsplan wenn nötig zu verstärken." Bleibt noch das Problem der drohenden Todesstrafe bei Auslieferung. "Bislang gibt es kein EU-Recht zur Auslieferung", bekräftigt Kommissionssprecher Leonello Gabrici. Solche Fragen seien bilateral geregelt. Das bleibe auch nach der Einführung des europäischen Haftbefehls so. Leonello Gabrici ist optimistisch: "Das, was wir gegen den Terrorismus tun wollen, wird das Leben der Europäer vereinfachen und es uns erleichtern, mit den USA zusammenzuarbeiten."

Danièle Weber